

Einhegung der Internetkonzerne durch Regulierungen

Die Internetkonzerne haben von Anfang an den Digitalisierungspfad bestimmt. Das war in der DV-Epoche trotz der Macht der IBM in dieser Form unvorstellbar. Europäische Politik, Wirtschaftsverbände und Wissenschaft haben die Herausforderungen des Digitalisierungspfades viel zu spät erkannt. Die EU-Kommission hat mittlerweile auf die gesellschaftlichen Gefahren mit zwei Entwürfen reagiert.

Vorschläge der EU-Kommission

Die EU-Kommission hat im Dezember 2020 zwei Gesetze zur Einhegung der Internetkonzerne vorgelegt: *Den Digital Service Act (DAS)* und *den Digital Market Act (DMA)*.

Der *Digital Service Act (DAS)* will die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger, auf die die großen Internetplattformen in der Vergangenheit kaum Rücksicht genommen haben, in den Staaten der EU durchsetzen. Die strengsten Regeln richten sich gegen "very large online platforms" mit mehr als 45 Millionen Nutzern monatlich, also in erster Linie sind die US-Konzerne betroffen.

Im Digital Services Act werden drei Ziele genannt: Hass und Hetze, Morddrohungen und politische Radikalisierung sind in den sozialen Medien einzudämmen; die großen Plattformen sollen gegenüber gesellschaftlichen Anforderungen rechenschaftspflichtig werden und dem EU Zugang zu ihren Daten erlauben.

Teile des Entwurfs sind bereits im deutschen Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) enthalten. Damit werden Facebook & Co. in der Pflicht stehen, eindeutig illegale Inhalte, wie Kinderpornografie, Hasskommentare oder Falschmails zu löschen. Künftig müssen sie über Risiken schriftlich berichten, so etwa über die wesentlichen Risiken und Wirkungen der eingesetzten Software.

In Artikel 31 des Digital Services Act (DSA) verpflichtet die EU die Digitalkonzerne dazu, ihren Datenzugang für von der EU-Kommission legitimierte Akteure zu öffnen. Das heißt für die Plattformen, einen wichtigen Teil ihrer Geschäftsmodelle offenzulegen, was von ihnen auf scharfen Widerstand stößt und was Lobbygruppen versuchen zu verhindern. Die EU kann dann nachvollziehen, mit welchen Strategien die sozialen Netzwerke Gesellschaft, Politik und Wirtschaft manipulieren. Es wäre ein entscheidender Schritt, demokratische Regeln zu verteidigen, die im analogen Leben selbstverständlich sind. Die Plattformen sollen darüberhinaus offenlegen, wie sie ihre Nutzer schützen wollen.

Wer in den Voreinstellungen oder im Browser "Do not track!" wählt,

soll sich darauf verlassen können, dass die Plattformen das respektieren. Nicht durchzusetzen war die Einführung der verpflichtenden "Interoperabilität". Damit wird auch zukünftig der Nachrichtenaustausch zwischen verschiedenen Messengerdiensten nicht möglich sein.

Noch ist offen, wer Einsicht in die Daten haben wird? Werden es vor allem die Mitarbeiter einer nationalen Aufsichtsbehörde sein, zum Beispiel in Irland? Das wäre für Facebook vorteilhaft, weil der Konzern dort seine Europa-Zentrale hat, die dort sehr laschen und finanziellen Kontrollen unterliegen. Werden auch Nichtregierungsorganisationen wie Algorithm Watch und Wissenschaftler die Möglichkeit der Einsichtnahme haben (Hamann, Götz, DIE ZEIT, 20.1.2022)?

Der *Digital Market Act* (DMA) enthält eine schwarze Liste verbotener Verhaltensweisen und zielt auf die großen Plattformen mit über 45 Mio. Nutzern, die auf relevanten Märkten die Rolle des Gatekeepers übernommen haben. Verboten werden soll die unberechtigte Höherlistung der eigenen Produkte im Ranking im Vergleich zu Wettbewerbern. Unternehmen dürfen ihre Kunden darauf aufmerksam machen, dass die Produkte bei anderen Anbietern günstiger zu erwerben sind als auf der Plattform.

Auch das bisher übliche Vorgehen von Amazon, erfolgreiche Drittprodukte auf ihrer Plattform zu kopieren, soll zukünftig nicht mehr möglich sein. Hier sind die Strafzahlungen auf bis zu 10 Prozent des Umsatzes angesetzt. Der Zukauf von kleineren Unternehmen, beispielsweise von Start-ups wird meldepflichtig. Die Liste kann jederzeit ergänzt werden. Im Vergleich zum geltenden Wettbewerbsrecht wird die Kommission auf Basis des Digital Market Acts erheblich schneller eingreifen können.

[Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen \(GWB\)](#)

Die deutsche Politik hat im Herbst 2020 dem Bundeskartellamt mit der 10. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ein schärferes Instrument an die Hand gegeben. Sofern Gerichte eine marktbeherrschende Stellung bejahen, kann das Kartellamt ein Verfahren wegen Marktmissbrauchs einleiten. Künftig soll eine „überragende marktübergreifende Bedeutung“ ausreichen, um gegen Konzerne vorzugehen, die aufgrund von Netzwerkeffekten und ihres Datenzugangs auf die Geschäft anderer Unternehmen Einfluss nehmen können. Auch wenn die Märkte noch nicht dominiert werden, kann das Kartellamt gegen große Digitalkonzerne vorgehen (FAZ bth, 29.10.20).

Es sind Schritte, die zweifeln lassen, ob die Landnahme und damit die Macht der Plattformen so zu begrenzen ist. Entflechtungen, Ausgliederung bzw. Zerschlagung der Internetkonzerne, beispielsweise der Öko-Systeme *Facebook*, *WhatsApp*, *Instagram* oder von *Google* und *YouTube* stehen aus eigentumsrechtlichen Gründen nicht auf der Tagesordnung, anders als in den USA, wo von

Staatsanwälten und Politik entsprechende Forderungen verfolgt werden.

Gibt es andere Narrative von Autoren aus Wissenschaft und Praxis, die neue Wege zur Einhegung der Internetkonzerne aufzeigen können?

Empfehlungen von Dennis J. Snower und Francesca Bria

Für den Präsidenten der Global Solutions Initiative Dennis Snower ist das System der digitalen Plattform-Ökonomie ein Anachronismus (Heuer 2020): In einer Zeit, in der von den meisten EU-Staaten eine soziale Marktwirtschaft angestrebt wird, die auf Preisen basiert, wächst parallel eine auf Daten setzende Tauschwirtschaft, die die traditionelle Ökonomie zu verschlingen droht: Die Nutzer geben ihre Daten kostenlos an die Plattformen ab und erhalten im Gegengeschäft Internetdienstleistungen oft zum Nulltarif. Mittlerweile dominieren sie die globalen Märkte mit dem Geschäftsmodell des Tausches. Der Bürger unterwerft sich den Bedingungen der digitalen Tauschwirtschaft mit einer unbekümmerten und zugleich enthusiastischen Haltung. Und Juristen würden verwundert feststellen, dass die alten, auf eine Offline-Gesellschaft angelegten Regulierungen jetzt für die Plattform-Ökonomie mit ihren in Daten transferierten Dingen und Bedürfnissen, die sich nie abnutzen und nie ausverkauft sind, nicht mehr greifen.

Snowers schlägt vor, die Vereinnahmung der Nutzerdaten zu beenden und den Bürgern die Kontrolle „wie diese Daten und von wem wann genutzt werden, zurückzugeben“. Dem würde man sofort zustimmen. Komplizierter wird es mit der Umsetzung für die Snower die Daten in drei Kategorien offizielle Daten, Gemeingutdaten und private Daten einteilt.

Die Kritiker werden sofort mit dem Argument „bürokratischer Aufwand“ einsteigen und nachschieben, dass der normale Konsument gar kein Interesse an dieser Veranstaltung habe.

Im Zeitalter hocheffizienter Digitalisierung, von Mustererkennung und KI der Plattformen könnte der Aufwand jedoch beherrschbar und vertretbar sein, denn angesichts des Aufwands, den die Konzerne betreiben, um die Bestandteile jedes Individuums herauszufiltern und zu einem Profil zusammenzubringen, ist dieser Sortiervorgang vielleicht vertretbar.

Gegen das geringe Interesse der Nutzer ist wenig einzuwenden. Allenfalls, und das zählt, dass nur, indem den Nutzern, und damit der Gesellschaft, das Recht auf ihre Daten zurückgegeben wird, der Wettbewerb um Daten erst eröffnet werden kann, was das Ende der Tauschwirtschaft wäre, Daten einen Preis, besser einen Wert, bekommen würden und der Datenschutz gestärkt werden könnte.

Francesca Brias Vorschläge gehen in Snowers Richtung (Bria 2020; <https://decodeproject.eu>). Ihr Narrativ beginnt mit der Deklaration

von Daten als Gemeingut. Data Commons seien kollektive Daten, die zur Erzeugung eines kollektiven Wertes genutzt werden sollten, etwa zur Stadtentwicklung. Diese Einschätzung wird dadurch interessant, da Bria für die bei Snower noch fehlende Umsetzbarkeit eine praktische Empfehlung gibt: Städtische Verwaltungen sollten die Datenherausgabe in ihre Verträge mit Tech-Konzernen einschreiben, die in ihrer Region aktiv werden wollen. Beispielsweise beim Management von Leihfahrrädern oder bei der Lizenzvergabe an Airbnb oder an Telefongesellschaften. Mit den dann vorhandenen Daten wäre Algorithmen im Interesse der Bürger zu entwickeln.

Das Narrativ wäre in Städten und Kommunen dann nicht mehr Big Tech oder Big State, sondern Big Democracy und Big Ecology, konkret abgesichert durch Einrichtung von öffentlichen Data-Trusts. Bürger verwalten ihre Daten über eine App dann selber, die mit einer „Decode-Wallet“ eine Schnittstelle enthielte, mit der sie entscheiden, welche Daten sie an die Stadt oder Kommune weitergeben, damit kommunale Entscheidungen getroffen werden können.

Dieses Szenario, in Teilen in Barcelona realisiert, hebt sich von bisher bekannten Szenarien ab, wo keiner mitbekommt, ob seine Daten bei einer Versicherung, beim CIA oder bei einer Wohltätigkeitsorganisation landet und er Teil eines anonymen Geschäftsmodells wird. Die Umsetzung dieses Narrativs setzt einiges voraus, zum Beispiel die Begleitung durch eine Orientierungsbildung zur digitalen Transformation in Schulen und Hochschulen, die mehr sein müsste als die Vermittlung von Medienkompetenz, Data Literacy oder das Erlernen einer Programmiersprache.

Essay Arno Rolf

Literatur:

Bria, F. 2020: Holt Euch Eure Daten zurück, Interview mit Niklas Maak: In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.10.20, S. 13

Heuer, U. J. 2020: Völlig falsche Richtung. In: Die Zeit, Nr. 47

Hamann, Götz:

Einmal ausziehen, bitte; DIE ZEIT, 20.1.2022:

<https://epaper.zeit.de/article/174d14019271c09a8de4b29b7308e62e7adc6402e3c4d12a78a11be0d531406f>

Fragen:

(1) Was meint der Sozialwissenschaftler Dolata mit seiner Kritik von der Landnahme durch private Plattformen? Ist die Einschätzung berechtigt?

(2) Was will die EU-Kommission mit dem Digital Service Act und dem Digital Market Act erreichen?

(3) Was schlagen Dennis Snower und Francesca Bria vor?

(4) Haltet ihr ihre Empfehlungen zur Einhegung der Plattformen für überzeugend?

Vertiefungsangebote:

Francesca Bria:

Digitalisierung: Big Democracy soll Big Tech und Big State überwinden
Themen: Bildung, Arbeit, Digitalisierung

Digitalisierung

<https://www.fes.de/themenportal-bildung-arbeit-digitalisierung/artikelseite/digitalisierung-big-democracy-soll-big-tech-und-big-state-ueberwinden>

Bria 2020; <https://decodeproject.eu>

Thomas Gegenhuber:

Studie: Eine Vision für das digitale Europa

Von der widerspenstigen Zähmung der Plattformen zu einem digitalen Humanismus

<https://www.fes.de/studie-eine-vision-fuer-das-digitale-europa>

Dennis J. Snower Gastbeitrag

Corona-Krise: Die Märkte haben versagt

Es braucht eine neue Wirtschaftspolitik, um Krisen wie diese besser zu durchstehen. Wir müssen Arbeit und Finanzen viel widerstandsfähiger machen. Ideen dazu gibt es.

<https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-06/corona-krise-readaption-policy-wirtschaftspolitik/komplettansicht>